

W9

Titel Genossenschaftliche Wirtschaft fördern

AntragstellerInnen Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Genossenschaftliche Wirtschaft fördern

1 Wir fordern, die Körperschaftssteuer für alle eingetragenen Genossenschaften (eG) im Sinne des § 1 GenG, bei
2 welchen die Mehrheit der Arbeitnehmer*innen stimmberechtigte und ertragsberechtigte Genossenschafts-
3 mitglieder sind, abzuschaffen und staatliche Instrumente zur Förderung von Produktivgenossenschaften zu
4 implementieren.

5

6 **Begründung**

7 **Darstellung der gegenwärtigen Situation**

8 Die Rechtsform der Genossenschaft zeichnet sich durch das Ziel aus, [...] den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer
9 Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern
10 [...] (nach §1 GenG). Damit stellt die genossenschaftliche Wirtschaftsform eine notwendige Verknüpfung zw-
11 ischen ökonomischer Wertschöpfung und gleichzeitiger Berücksichtigung sozialer und potentiell auch ökologi-
12 scher Interessen dar. Sie ermöglicht es ihren Mitgliedern, gleichberechtigt an Gewinnen ihrer Arbeit teilzuha-
13 ben und demokratisiert zusätzlich die Produktionsprozesse, sofern es sich um eine Produktivgenossenschaft
14 handelt.

15 Derzeit sind in Deutschland nur land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften sowie Wohnungsbaugenos-
16 senschaften und Genossenschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Deichgenossenschaften) von der Körper-
17 schaftssteuer befreit.

18 2016 waren in der BRD 5664 Genossenschaften eingetragen (DGRV), die sich in unterschiedliche wirtschaftli-
19 che Branchen engagieren. Die Verteilung der Einzelgenossenschaften auf die Wirtschaftssektoren zeigt jedoch
20 eine deutliche Abweichung von dem entsprechenden Anteil der Sektoren sowohl an der Anzahl der Beschäf-
21 tigten als auch an dem Anteil des jeweiligen Sektors am BIP. So sind Genossenschaften eine verhältnismäßig
22 häufige Rechtsform im Kreditwesen (Volksbanken), in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion und im
23 Einzelhandel (als gewerbliche Genossenschaften, z.B. EDEKA, REWE). Unterrepräsentiert dagegen sind das
24 Handwerk und die verarbeitende Industrie.

25

26 **Kritik an der gegenwärtigen Situation**

27 Während die deutsche Wirtschaft kontinuierlich über die vergangenen Jahre (seit 2010, s. Bericht des Statis-
28 tisches Bundesamt) wächst und gleichermaßen die oberen Einkommen zunehmen, trifft dies auf die unteren
29 Einkommen nicht zu. Die wachsende Differenz der Einkommen befördert eine Desintegration gesellschaftli-
30 cher Schichten und ist Ausdruck der Entkopplung von Arbeit und Lohn. Privatwirtschaftlich organisierte Un-
31 ternehmen lassen diejenigen, die wirtschaftlichen Mehrwert erarbeiten, nicht am Gewinn der Arbeit teilha-
32 ben und bevormunden Arbeitnehmer*innen in abhängiger Beschäftigung, weil wirtschaftliche Entscheidun-
33 gen von den Eigentümer*innen gefällt werden und nicht von allen, die von diesen Entscheidungen betroffen
34 sind.

35 Die gegenwärtigen politischen Spannungen können vor diesem Hintergrund auch als eine Folge der neoliberalen

36 ralen Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1990er und 2000er Jahre verstanden werden und fordern eine funda-
37 mentale Umkehr in ebendiesen Politikfeldern.

38 Genossenschaftlich organisierte Betriebe stellen, wie oben dargestellt, eine gute Möglichkeit dar, die Beschäf-
39 tigten an Entscheidungen an ihren Arbeitsplatz und an dem Gewinn ihrer Arbeit teilhaben zu lassen. Insbe-
40 sondere in den Bereichen Handwerk und industrielle Produktion finden sich jedoch sehr wenige Genossen-
41 schaften. Durch die hohen finanziellen und organisatorischen Belastungen bei der Gründung von Genossen-
42 schaften stellen sich diese im Vergleich zu Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit begrenzter Haftung
43 konkurrenzschwächer dar.

44

45 **Lösungsansätze**

46 Genossenschaften ermöglichen es, durch die partizipative Eigentumsstruktur Gewinne gerechter zu vertei-
47 len und gleichzeitig die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz auszuweiten. Sie setzen das demokratische Prinzip
48 auch in wirtschaftlichen Belangen um und weiten die Funktion eines Unternehmens von der rein ökonomi-
49 schen Aufgabe auf soziale und kulturelle Aspekte aus.

50 Die ILO (International Labour Organization) gibt das Genossenschaftsmodell als zukunftsweisend für eine
51 nachhaltige (weil sozial und ökologisch nachhaltig) und innovative Wirtschaft an. Sie sei weniger von negativen
52 Konjunkturschwankungen beeinflusst und ermögliche daher sicherere und besser bezahlte Arbeitsplätze als
53 Kapitalgesellschaften. Besonders in wirtschaftlich schwachen Gegenden können Genossenschaften die regio-
54 nale Wirtschaft maßgeblich positiv beeinflussen (Genossenschaften als Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung,
55 ILO 2014). Außerdem engagieren sich schon heute Genossenschaften in innovativen und alternativen Projek-
56 ten (erneuerbare Energien, ...), weil ihre Aufgaben über rein wirtschaftliche Interessen hinaus gehen.

57 Durch eine steuerliche Bevorzugung von Genossenschaften durch den Wegfall der Körperschaftssteuer wür-
58 den Genossenschaften deutliche wirtschaftliche Vorteile im Vergleich zu anders organisierten Unternehmen
59 erlangen. Zusätzliche staatliche Gründungskredite und Beratungsangebote könnten Neugründungen für Ge-
60 nossenschaften besonders auch in traditionell privatwirtschaftlichen Branchen fördern. Dadurch können
61 nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – auch in Industrieländern wie Deutschland – und eine ausgeglichene
62 Einkommensverteilung und damit verbundene soziale Gerechtigkeit erreicht werden.